

DIE ENTWICKLUNG DER DEMOKRATIE

Die Umsetzung der Befragung

Für ein Land ist die freie Meinungsäußerung in einer demokratischen Gesellschaft über soziale, politische und andere Bereiche eine wichtige Frage.

Abstimmungen klären Positionen in der Gesellschaft. Den Grundstein für ein unabhängiges Armenien hat gerade solch eine Abstimmung ermöglicht: Die Unabhängigkeit Armeniens von der Sowjetunion wurde aufgrund der Ergebnisse im Jahre 1991 wahr.

Die Legislative

Das Recht auf die Durchführung einer Befragung regelt das „Gesetz über die Befragung“ sowie „das Recht auf lokale Befragungen“. Der zweite Teil des Gesetzes konzentriert sich auf gemeinschaftliche Probleme: Die lokale Befragung ist die Befragung einer Gemeinde in Armenien über wichtige Fragen mit gesellschaftlicher Bedeutung.

Das Gesetz der RA „über Befragungen“ ist jung: es wurde im Jahre 2001 erlassen. Dem Gesetz nach wird die Befragung im ersten Artikel als „direkte Realisierung der Macht vom Volk“ bezeichnet. Aber bis zum Jahr 2008 durfte man in Armenien eine Befragung nur durchführen, um die Verfassung oder Gesetze anzunehmen oder in der Verfassung Änderungen vorzunehmen. Armenien hat praktische Erfahrungen in Abstimmungen gesammelt, wie am Beispiel der Abstimmung „über die Veränderungen in der Verfassung von der RA“ am 27. November 2005 gezeigt wurde.

Einen Schritt vorwärts

Das Gesetz wurde dreimal geändert und ergänzt. Auf dem Weg zur demokratischen Entwicklung war die dritte Befragung unveränderbar: Nachdem im Jahre 2008 Veränderungen und Ergänzungen akzeptiert wurden, darf man Befragungen nicht nur durchführen, um die Verfassung zu verändern. Die Regierung hat das Recht zugesprochen bekommen, ebenso Befragungen, welche sich mit der gesellschaftlichen Meinung auseinandersetzen, durchzuführen. Das ausschließliche Recht auf die Durchführung einer Befragung, die sich mit dem staatlichen Leben auseinandersetzt, wurde der Regierung bei folgenden Situationen zugesprochen.

1. Um mittels einer Befragung die gesellschaftliche Meinung aufzudecken.
2. Wenn die Notwendigkeit der Durchführung einer Befragung gegeben ist, um Fragen der Außenpolitik, der militärischen und nationalen Sicherheit der Republik zu klären, müssen Fragen vorher mit dem Präsidenten abgesprochen werden.

Die Ergebnisse der durchgeführten Befragung sind für die Erfüllung der Befragung nicht obligatorisch und haben keine rechtlichen Folgen. Eine Befragung ermittelt die allgemeine Meinung der Gesellschaft. Rechtswirkung entfaltet lediglich das Ergebnis einer mit der Verfassung verbundenen Befragung. Gleichzeitig definiert Artikel 4 des Gesetzes, dass folgende Fragen nicht in einer Befragung enthalten sein dürfen:

- a) Fragen über die Veränderung des Artikels 1., 2. und 114. der Verfassung.
- b) Fragen über die Verlängerung oder die Verkürzung der Frist der Vollmacht des tätigen Präsidenten und der Nationalversammlung der Republik, sowie staatlicher und lokaler Autonomapparate.
- c) Fragen über die Beseitigung oder die Beschränkung der Menschen- und Bürgerrechte, der Freiheit und die Verpflichtung, die konstitutionell garantierten Rechte zu bewahren, sowie direkte Fragen über die Verfassung (ausschließliche Zuständigkeit der staatlichen und lokalen Autonomapparate).

Übrigens, das Vorhandensein des Punktes „b“ bringt Armenien aus Sicht eines demokratischen Staates in eine vorteilhafte Lage: im Nachbarland Aserbaidschan haben im Jahre 2008 Befragungen über konstitutionelle Veränderungen ergeben, dass das konstitutionelle Verbot angenommen wurde und dass eine Person ununterbrochen, also mehr als zweimal für einen Präsidenten wiedergewählt werden kann. Für Ilham Aliyev wurde der Weg zur dritten Amtszeit geöffnet.

Wie wird es angewendet?

Die Möglichkeiten, die sich 2008 mit dem Ergebnis der konstitutionellen Veränderungen ergaben, werden in der Praxis nicht angewendet. Voriges Jahr hat die parlamentarische Partei „das Erbe“ den Versuch unternommen, sich offiziell mit einem Protokoll an die Regierung zu wenden, das zwischen Armenien und der Türkei unterschrieben wurde: „Als ein Mechanismus der Volksmacht können Befragungen (landesweite Abstimmung) die wichtigsten Fragen des staatlichen Lebens ermitteln. Als Strategie der nationalen Sicherheit werden die armenisch-türkischen Beziehungen, sowie die ordnungsgemäße Bestätigung und die offizielle, gegenseitige Wertschätzung für die wichtigsten Fragen des staatlichen Lebens und der Nationalsicherheit gehalten“, - so die Partei „das Erbe“ in ihrem an den Ministerpräsidenten Tigran Sargsyan gesendeten Brief über die Notwendigkeit der Durchführung einer Befragung. Aber die Regierung hat den Vorschlag abgelehnt: „Damit rechnend, dass mit der Initiative des

Präsidenten Besprechungen, politische Beratungen realisiert werden, halten wir es für verfrüht, eine solche Fragestellung zu behandeln. Wir sind sicher, dass während der Besprechungen die Antworten auf viele Fragen, die die Gesellschaft bewegen, gegeben werden und ihr weiterer Verlauf entschieden wird“, - so die offizielle Antwort.

Die Tradition, eine Abstimmung über Fragen mit solcher Wichtigkeit zu führen, ist in den demokratischen Modellen weit verbreitet und beginnt mit der Legitimatisierung der Mächte, der Durchführung außerordentlicher Wahlen hin zur Partnerschaft des Landes mit dem Bündnis der NATO. Zum Beispiel Island, das mit der „Eurounion“ um den Bestand dieses Gebäudes verhandelt, hat die Absicht auch mit der Meinung des Volkes zu rechnen: In Island wird man die Sichtweise der Isländer feststellen: ob es sich lohnt, in die Währungsunion eingegliedert zu werden?

Karlen Aslanyan